

Beschluss

Zusammenhalt stärken – Zukunft der
Bürgergesellschaft gestalten.

Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten

Präambel

Unsere heutige Lebenswirklichkeit ist von immer tiefergehenden Umbrüchen und immer rasanteren Entwicklungen geprägt. Neue Herausforderungen bringen neue Chancen, aber auch neue Aufgaben mit sich: Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel prägen schon heute unsere Gesellschaft.

Während sich Globalisierung und Digitalisierung schnell und für jeden spürbar vollziehen, ist der Bevölkerungswandel in Deutschland und Europa ein eher schleichender Prozess. Doch er verändert mit der gleichen Wucht unser Land und unsere Gesellschaft: Wir leben länger, aber es werden auch weniger Kinder geboren. Deutschland ist bereits heute eines der Länder mit der ältesten Bevölkerung weltweit. Außerdem stellt uns die hohe Zahl von Flüchtlingen vor außergewöhnliche Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Integration.

Diese Entwicklungen erfordern neue Antworten darauf, wie unser Zusammenleben in Deutschland gestaltet und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erhalten und gestärkt werden können. Ein guter gesellschaftlicher Zusammenhalt auf Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erwächst aus belastbaren sozialen Beziehungen, einer positiven Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Die CDU als Volkspartei der Mitte hat den Anspruch, dass sich möglichst viele Menschen mit ihren Anliegen wahrgenommen und repräsentiert fühlen. Wir wollen eine aktive Bürgergesellschaft gestalten, in der sich jeder Einzelne für seine Mitmenschen und für unser Land einsetzen kann und dadurch Verantwortung übernimmt.

Für die CDU steht der Mensch im Mittelpunkt. Er hat die Freiheit, sein eigenes Leben verantwortlich zu gestalten. Gleichzeitig ist es unsere Überzeugung, dass sich der Mensch nur in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Familien sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, Kinder unsere Zukunft. Unser Ziel ist eine

Generationenpolitik, die es allen Menschen erlaubt, möglichst lange ein aktives, eigenverantwortliches und unabhängiges Leben in Familie und Gesellschaft zu führen.

Teilhabe stiftet Zusammenhalt. Schlüssel für die Teilhabe an Wohlstand und Fortschritt ist Bildung. Sie ist in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel mehr denn je der entscheidende Faktor für individuelle Lebenschancen und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wesentliches Ziel unserer Bildungspolitik ist es, Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, um jedem die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Die Aufsteigergesellschaft ermutigt den Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln. Die CDU steht für Respekt vor Leistung und Erfolg, für das Recht auf eine neue Chance im Falle des Scheiterns und für Solidarität mit den Schwachen. Wir nehmen die Schwächsten der Gesellschaft ebenso in den Blick wie die Leistungsstarken. Unsere Soziale Marktwirtschaft formuliert ein Angebot an alle.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nehmen wir die drei großen Herausforderungen unserer Zeit an. Wir werden sicherstellen, dass Deutschland auch in Zukunft ein lebenswertes Land mit einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und einer aktiven Bürgergesellschaft bleibt. Dabei leiten uns die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

I. Starke Demokratie – bürgernah und vielfältig

Die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts braucht politische Entscheidungen, die die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, der Familien und der kommunalen Selbstverwaltung stärkt. Die Erfahrung, politische Entscheidungsfragen auch auf der Ebene lösen zu können, auf der sie sich stellen, stärkt das Gemeinschaftsgefühl, das Verantwortungsbewusstsein und das Vertrauen in Politik und Verwaltung.

Repräsentative Demokratie stärken

Unsere repräsentative Demokratie beginnt vor Ort. Menschen engagieren sich in der Kommune. Ehrenamtlich übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung und tragen zum Gelingen unserer repräsentativen Demokratie bei. Sie beteiligen sich bereits an der demokratischen Willensbildung und der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung ermöglicht eine umfassende und frühzeitige Beteiligung der Menschen vor Ort. Die repräsentative Demokratie vor Ort ist flächendeckend durch plebiszitäre Elemente wie zum Beispiel Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Direktwahlen ergänzt worden. Die Kommunalpolitik muss möglichst viele Menschen in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen und mit ihnen den Dialog suchen. Frühzeitige, systematische Bürgerbeteiligung kann die Wissensbasis erweitern, Expertengutachten können so den Praxistest bestehen. Rechtzeitige Beteiligung ermöglicht es, Interessenkonflikte sichtbar zu machen und öffentlich abzuwägen. Bürgerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und moderierten Dialog zwischen den widerstrebenden Interessen herstellen und zu einem Ausgleich führen. Bürgerbeteiligung kann auch diejenigen aktivieren, die als „schweigende Mehrheit“ sonst nicht zu Wort kommen. Um die Funktionsfähigkeit und die Gemeinwohlorientierung der kommunalen Vertretungskörperschaften zu stärken, setzen wir uns für gerechte Auszählverfahren und eine Hürde von mindestens 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen ein.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist eng verbunden mit der Vitalität unserer Demokratie. Wahlen, Parlamente, Mandate auf Zeit: Die repräsentative Demokratie sichert gerade in einer beschleunigten digitalen Kommunikationskultur die Zeit, die eine abwägende Bewertung von Argumenten bei komplexen Sachverhalten braucht. Sie schafft Vertrauen durch Zurechenbarkeit von Entscheidungen. Für die Zukunftsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der repräsentativen Demokratie ist es entscheidend, ihre Stärken zu erklären und erlebte Mängel zu beheben. Bürgerinnen und Bürger müssen sich von gewählten Repräsentanten ausreichend vertreten fühlen. Parteien haben dabei eine besondere Verantwortung als Scharnier zwischen demokratischem Staat und Bürgergesellschaft. Sie wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie müssen zur Mitwirkung und Mitgliedschaft einladen, die Vielfalt der Ideen und Interessen aufgreifen und politische Teilhabechancen eröffnen. Die Wahllisten der Parteien sollten daher Frauen und Männer ausgewogen berücksichtigen.

Die CDU will die parlamentarischen Beteiligungsformen attraktiver gestalten. Anstelle der weitgehend ritualisierten Anhörungen im Gesetzgebungsprozess wollen wir den Austausch von Bürgergesellschaft, Experten und Parlamenten befördern. Die Möglichkeit, Enquete-Kommissionen einzurichten, muss stärker genutzt werden. Die Petitionsausschüsse sollen aufgewertet werden. Wir wollen Bürgerdialoge und weitere Wege der Beratung und Beteiligung auch auf lokaler und regionaler Ebene fördern, um die Bürger mittels geeigneter Verfahren besser in die politischen Entscheidungs- und Planungsprozesse einzubinden.

Gute Verwaltung und Gemeinwohl

Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürgern zum Staat wird auch durch die öffentliche Verwaltung geprägt. Gute öffentliche Verwaltung, die an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet Gesetzgebung wirksam erfüllt, ist eine wesentliche Ressource des Gemeinwohls. Unser Ziel ist ein starker öffentlicher Sektor, für den die Maßstäbe Effizienz und Effektivität, Transparenz und Bürgernähe, Chancengerechtigkeit, Integration und Inklusion gelten.

Zusammenhalt braucht Sicherheit und schafft Sicherheit. Wo Menschen sich in ihrem unmittelbaren räumlichen Umfeld kennen und regelmäßig miteinander sprechen, gewähren sie sich gegenseitig Schutz. Polizeiberichte bestätigen: Der beste Schutz gegen Einbrüche ist eine gut funktionierende Nachbarschaft. Zivilcourage und eine Kultur des Hinschauens sind wesentliche Elemente der Prävention. Die CDU setzt sich darüber hinaus für eine orts- und bürgernahe Polizei ein. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl.

Vielfalt und Zusammenhalt – die innere Globalisierung

Zusammenhalt muss unter den Bedingungen von erlebter Verschiedenheit gestaltet werden. Es geht um einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der die Vielfalt der Lebensentwürfe und Identitäten als Stärke begreift. Dort allerdings, wo wachsende Unterschiede zu ungleichen Teilhabechancen und Ungerechtigkeiten führen, entwickeln sich Fliehkräfte, die den Zusammenhalt gefährden.

Deutschland erlebt eine neue Vielfalt der Ethnien, der religiösen Bekenntnisse und der sozialen Lagen. Diese „innere Globalisierung“ trägt Debatten in die Mitte der Gesellschaft, die auf den ersten Blick anstrengen und beunruhigen. Auf mittlere Sicht befördern sie aber die Sicherheit, weil wir gezwungen sind, uns mit Fragen auseinanderzusetzen, gegen die wir uns international nicht abschotten können. Innere Globalisierung macht kreativ und kontaktfähig in einer globalisierten Welt.

Kirchen und Religionsgemeinschaften bereichern unser Land

Besonders dynamisch hat sich in Deutschland die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung verändert: Während sich bis 1970 etwa 95 Prozent der Menschen in der alten Bundesrepublik zu einer christlichen Konfession bekannten, sind es heute in Gesamtdeutschland nur noch knapp 59 Prozent; ca. fünf Prozent der Bevölkerung sind muslimischen Glaubens und mehr als ein Drittel sind Konfessionslose. Religionsfreiheit, die Freiheit des Glaubens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind für uns, so sie auf dem Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erfolgen, ein hohes Gut.

Die christlichen Kirchen sind von fundamentaler Bedeutung für unser Gemeinwesen. Unser Staat, unser Grundgesetz und unsere politische Kultur sind geprägt vom christlichen Menschenbild. Unsere Gesellschaft wurzelt in jüdisch-christlicher Tradition. Von dieser Prägung zeugen auch der Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe und unsere über Jahrhunderte gewachsene Festtagskultur, die beibehalten werden sollten. Forderungen, die das bewährte Verhältnis von Staat und Kirche in Frage stellen, weisen wir entschieden zurück. Wir stehen zum geltenden Staatskirchenrecht. Dies kann weiterentwickelt werden, aber nicht gegen, sondern nur mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften in Deutschland stiften einen ethisch-moralischen Orientierungsrahmen, der den Menschen hilft, sich ihr eigenes Urteil zu bilden. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass Werte vermittelt und gelebt werden, die gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen.

Kirchen sind wichtige Stützen im Bildungs- und Sozialwesen mit Kindergärten und Schulen, mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Sie begleiten Menschen auch in vielen seelsorgerlichen Bereichen. Sie erbringen damit unverzichtbare soziale

Dienstleistungen und tragen wesentlich zur Wertevermittlung in unserer Gesellschaft bei. Ohne die Kirchen würde unser Land nicht nur spirituell verarmen, es würde auch sozial kälter.

Die jüdischen Gemeinden bereichern Deutschland gesellschaftlich und kulturell. Sie sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir müssen die Erinnerung an das unermessliche Leid, das den Juden unter den Nationalsozialisten zugefügt wurde, bewahren. Antisemitismus jeglicher Couleur darf in unserem Land keinen Platz haben. Unser Engagement gegen das Vergessen ist umso wichtiger, je länger das Menschheitsverbrechen des Holocaust zurückliegt. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Jugendaustausch zwischen Israel und Deutschland deutlich intensivieren. Auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte sollen für diesen Teil der deutschen Geschichte stärker als bislang sensibilisiert werden. Wir fordern daher verpflichtende Besuche der Schülerinnen und Schüler von Gedenkstätten – unabhängig von der Schulform.

Die bei uns lebenden Muslime sind heute ein Teil Deutschlands. Dazu gehört inzwischen auch ein Islam, der auf der Basis unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelebt wird. Die Deutsche Islamkonferenz soll daher fortgesetzt werden, um das Verhältnis von Staat und Religion für den Islam zu gestalten. Die Freiheit der Religionsausübung der Muslime in unserem Land muss gegen antimuslimische Tendenzen auch in Zukunft nachdrücklich verteidigt werden.

Religiöser Fanatismus, wie er sich heute national und international besonders als radikaler Islamismus zeigt, zerstört Frieden und (Religions-)Freiheit. Schutz vor religiösem Fanatismus und Akzeptanz religiöser Vielfalt sind zwei Seiten einer Medaille im Verhältnis von Staat, Politik und Religion. Sie richten sich als Forderung an den Staat ebenso wie an die Menschen. Das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Konfession und Glaubensrichtung erleben wir als Kraftquelle gesellschaftlichen Zusammenhalts. Religionsfreiheit sichert Frieden. Wir werben für ein tolerantes Miteinander von gläubigen und nicht gläubigen Menschen auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Dazu gehört auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Traditionelle Vorschriften dürfen gerade Frauen nicht von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließen. Vollverschleierungen, die

die Identität der Frau nicht erkennen lassen, widersprechen einer offenen Gesellschaft. In Deutschland wollen sich alle offen ins Gesicht sehen können.

Verständigung fördern – Zugehörigkeit ermöglichen

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sind gute deutsche Sprachkenntnisse. Sie sind Grundlage für den schulischen und beruflichen Erfolg. Sie fördern ein gutes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und wirken Exklusion, Diskriminierung und Gefahren sozialer Spannungen entgegen. Wir wollen zielgruppenspezifische Sprachförderangebote für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, eingewanderte Fachkräfte sowie für Kinder aus Familien mit Einwanderungsgeschichte, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben, weiterentwickeln. Diese müssen als eine der wichtigsten Maßnahmen der Integrationspolitik gelten. Hier müssen schnelle und flexible Lösungen gefunden werden.

Wir stehen für eine klare Einbürgerungsperspektive für Einwanderer, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind. Wir wollen für den seit letztem Jahr erleichterten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit weiter werben. Es gibt bereits zahlreiche gesetzliche Regelungen zur Einwanderung. Diese müssen widerspruchsfrei und besser miteinander verknüpft, in einem Gesetz zusammengeführt und im Ausland besser kommuniziert werden. Für uns gilt: Die Menschen, die zu uns kommen, müssen unsere Rechts- und Grundwerteordnung akzeptieren und danach leben.

Es gibt ein Recht auf Unterschiede, aber es gibt kein unterschiedliches Recht. Der Abschottung in Parallelgesellschaften und einer Paralleljustiz außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen.

Die soziale Infrastruktur muss auf die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft zugeschnitten werden. Ghettoisierung von Menschen mit ausländischen Wurzeln in Wohnraum ohne soziale Anbindung führt zu einer Gefährdung des sozialen Zusammenhalts. In Großstädten ist deshalb die Förderung einer lebendigen Stadtteilpolitik unentbehrlich. Kleine Stadtviertel mit Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten werden zu Treffpunkten für Nachbarschaftsverständigung und fördern die Entstehung von Hilfgemeinschaften zwischen Jung und Alt sowie die Identifikation mit der Stadt.

Weltweit nehmen die Flüchtlingsbewegungen zu. Unser Umgang mit jenen Menschen, die heute bei uns Schutz vor politischer oder religiöser Verfolgung suchen oder Kriegsflüchtlinge sind, ist mitentscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Akzeptanz von Flüchtlingen in der Bevölkerung wird steigen, wenn diese zeitnah integriert werden und möglichst schnell für sich sorgen können. Die Aufnahme einer regulären Berufstätigkeit ist für anerkannte Flüchtlinge nach dem Spracherwerb das wichtigste Ziel. Anerkannte Flüchtlinge, die bei uns eine Ausbildung angefangen haben, sollten diese zu Ende bringen können. So wollen wir die Potenziale der Flüchtlinge stärker fördern – im Sinne der Flüchtlinge und im Sinne des aufnehmenden Landes.

Kunst und Kultur – Räume der Verständigung

Zusammenhalt stiftende Identität erwächst wesentlich aus dem Kulturleben eines Landes. Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern ein Angebot, das allen zugutekommt. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ist eine Schule der Persönlichkeit und dient der individuellen Entwicklung. Eine Gesellschaft, die mit ihren kulturellen, auch religiös begründeten Eigenheiten ihre eigene Identität pflegt, kann dem Anderen, dem Fremden, Raum geben, ohne sich dadurch bedroht zu fühlen. An dieser Stelle entwickelt die Kultur das Potenzial, als Brückenbauerin zwischen den Menschen zu wirken. In Kunst und Kultur werden neue Formen des Zusammenlebens und der Integration schon früh und teilweise auch besonders radikal erprobt. Kunst und Kultur wirken so als Raum der Verständigung in der Gesellschaft.

Soziale Unterschiede und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wohlhabenden Gesellschaften mit florierender Wirtschaft gelingt es leichter, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft erhalten, die auf Förderung des Wohlstands und des sozialen Friedens gleichermaßen gerichtet ist. Das Grundgesetz schützt die Freiheit, Eigentum zu bilden, und verpflichtet den Gesetzgeber zu einer gesellschaftsdienlichen Ausgestaltung des privaten Eigentums. Hierzu gehört auch eine Steuerpolitik von Maß und Mitte. Die künftige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer muss dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprechen. Dabei dürfen die erfolgreichen deutschen Familienunternehmen jedoch nicht um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Eigenständigkeit gebracht werden.

Vermögens- und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in Deutschland weiter groß. Wir setzen uns für einen fairen Ausgleich von Chancen und Risiken gemeinsam getroffener Entscheidungen im Lebenslauf ein. Dabei hat die Durchsetzung des Anspruchs auf gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern für uns hohe Priorität.

Eine Beschäftigungspolitik, die auf gute Arbeit für alle zielt, und eine Sozialpolitik, die die Zusage einlöst, die großen Lebensrisiken solidarisch und nachhaltig, auskömmlich und generationengerecht abzusichern, sind wesentliche Bausteine einer Politik des sozialen Zusammenhalts. Die Sozialversicherungen sind eine tragende Säule des Sozialstaats. Ihre Legitimität und Akzeptanz, insbesondere die der Rentenversicherung, hängen entscheidend davon ab, dass Leistungen, die auf langjähriger eigener Beitragszahlung sowie Zeiten der Kindererziehung beruhen, grundsätzlich höher sind als Leistungen der Grundsicherung. Die CDU setzt sich entschieden für den Erhalt der beitragsbasierten umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung ein. Sie tritt einer weiteren Absenkung ihres Schutzniveaus entgegen und gestaltet ihre Anpassung an eine sich dramatisch verändernde Arbeits- und Lebenswelt für Männer und Frauen aller Generationen. Auch die betriebliche und private Vorsorge muss stets an diese Entwicklungen angepasst werden. Dies gilt genauso für die demografische Entwicklung, die das System der Alterssicherung vor neue Herausforderungen stellt.

Medien – Schulen der Freiheit

Medienangebote und Kommunikationskanäle haben sich mit der Digitalisierung vervielfältigt. Dies führt zu einer erheblichen Verbreiterung der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Relevantes von Irrelevantem sowie fundierte Information und Meinung vom bloßen Ressentiment zu trennen, ist für den Einzelnen nicht immer leicht. Die Kommunikation der „vernetzten Vielen“ im Internet stellt einerseits eine große Bereicherung dar. Andererseits wird die Neigung, sich in eigenen Wertungen bestärken zu lassen, durch das Konzept der „Freunde“ und „Follower“ in den sozialen Medien befördert. Auf diese Weise kann das Netz zu einem Nebeneinander abgeschlossener „Meinungsblasen“ werden, in die nicht nur die virtuelle, sondern auch die reale Gemeinschaft zerfällt. Beiträge professioneller Medien können hier wie Türöffner wirken,

indem sie Inhalte in größere Zusammenhänge stellen. Soziale Medien lösen die „klassischen“ Medien nicht ab, sondern ergänzen sie. Wichtig ist unter diesen Bedingungen die Aktualisierung von rechtlichen Rahmenbedingungen aus der vordigitalen Zeit, die es Kreativen auch im digitalen Zeitalter ermöglicht, von ihrer Leistung zu leben.

Wir wollen, dass es auch zukünftig bundesweit eine journalistisch kraftvolle Tagespresse sowie in möglichst vielen Regionen Deutschlands eine, im besten Falle auch mehrere Lokalzeitungen gibt, die über das Gemeinwesen vor Ort, seine Akteure und Initiativen kompetent berichten und damit zu einer fundierten Meinungsbildung in der Bevölkerung beitragen. Die Diskussion über Maßnahmen, die zukünftig diese Ziele stützen können, werden wir sorgfältig führen. Am ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Presseerzeugnisse halten wir fest und wollen prüfen, ob dieser auch auf elektronische Printprodukte ausgeweitet werden kann.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat angesichts dieser Entwicklungen eine zunehmend größere Bedeutung. Staatsfern organisiert und unabhängig von Einnahmen durch die Werbung kann und muss er Garant von journalistischer Qualität und Meinungsvielfalt sowie umfassender, sorgfältiger und möglichst objektiver Information bleiben. Bei der Verwendung seiner Mittel sollen öffentlich-rechtliche Programme und Sender, die informieren, verstärkt berücksichtigt werden.

II. Familienpolitik für gesellschaftlichen Zusammenhalt – Freiräume ausbauen, Leistungsgerechtigkeit stärken, familienfreundliches Klima entwickeln

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft

Familien leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Zusammenhalt und Fortbestand der Gesellschaft. Sie stiften Orientierung in einer sich schnell verändernden Welt. Die Familie ist die wichtigste Schule für Mitmenschlichkeit und Verantwortung. Ohne Familie ist kein Staat zu machen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Familienpolitik ist ein Herzstück christlich-demokratischer Politik.

In der Vielfalt und Vitalität von Familien wurzelt die Innovationskraft der Gesellschaft von morgen. Der Rückgang der Geburtenzahlen, die zunehmende Zahl alleinstehender Menschen sowie das Auseinanderbrechen von Familien stellen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Herausforderungen. Die Ehe als die auf Dauer angelegte Bindung zwischen Mann und Frau dient dem familiären Zusammenhalt. Auch die eingetragene Partnerschaft hat für uns diese verbindliche Qualität. Unser Anliegen ist es, zu diesen verlässlichen Bindungen zu ermutigen und diese zu stärken.

Die Familienpolitik der CDU will dazu beitragen, dass Menschen einen Rahmen finden, in dem sie aufwachsen, ihre Potenziale entfalten sowie Geborgenheit und Solidarität erfahren können. An erster Stelle steht für uns die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und im fortgeschrittenen Lebensalter der Kinder für ihre Eltern. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise für Erziehung und Betreuung, können nur ergänzenden Charakter haben. Staatliche Aufgabe ist es allerdings, für rechtliche, infrastrukturelle und materielle Bedingungen zu sorgen, die Familien ermutigen und unterstützen.

Familien stehen vor Herausforderungen

Im Alter zwischen Anfang zwanzig und Mitte dreißig stellen Menschen die wichtigsten Weichen für ihren späteren Lebensweg. Für viele ist es eine Phase mannigfaltiger Anforderungen und hoher Erwartungen, zugleich eine „Zeit des Zögerns“ bei der Entscheidung, eine Familie zu gründen.

Auch das Erziehen und Bilden von Kindern steht unter großem Erwartungsdruck. Ebenso stellt eine gleichzeitige Berufstätigkeit beider Eltern hohe Anforderungen an Partnerschaft und Elternschaft. Die meisten Eltern wollen oder müssen die gute Betreuung und Erziehung ihrer Kinder mit den Anforderungen ihres Berufs vereinbaren. Das kann nur in einer Arbeitswelt gelingen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Eine Folge der Schwierigkeiten, denen junge Familien noch immer begegnen, sind späte Familiengründungen und seltene Entscheidungen fürs dritte (oder weitere) Kind. Elterliche Unsicherheit, Überbehütung oder steigende Ansprüche an Betreuungs- und Bildungseinrichtungen nehmen zu, ebenso Erziehungsprobleme von Eltern, die sich mit der Betreuung und Förderung ihrer Kinder überfordert fühlen. Im Interesse des

Kindeswohls müssen diese Eltern wirksam unterstützt und begleitet werden. Hierzu wollen wir im Bereich der Elternförderung zeitgemäße Angebote entwickeln.

Die CDU ist der Auffassung, dass es Kinderarmut in Deutschland nicht geben darf. Kinder, die von Armut betroffen sind, müssen besondere Zuwendung, Förderung und Aufstiegschancen erhalten. Entscheidend hierbei ist der Zugang zu Bildungs-, Freizeit- und Sporteinrichtungen. Für uns steht das Wohl des Kindes an erster Stelle. Gerade aufgrund ihrer besonderen Wehr- und Schutzlosigkeit bedürfen Kinder des besonderen Schutzes durch Staat und Gesellschaft. Für Kinder in Not benötigen wir ein Frühwarnsystem und ein dichtes Netz früher Hilfen.

Getrennt erziehende Eltern und Alleinerziehende unterstützen

Wir empfinden größten Respekt vor denjenigen, die die große Verantwortung, Kinder gut aufwachsen zu lassen, alleine schultern. Wenn Ehen oder Partnerschaften auseinanderbrechen oder ein Elternteil verstirbt, sind damit nicht nur emotionale Härten, sondern häufig auch spürbare finanzielle Einschnitte verbunden. Es ist uns daher ein Anliegen, getrennt erziehende Eltern und Alleinerziehende stärker zu entlasten, etwa über einen höheren steuerlichen Entlastungsbetrag.

Zugleich wollen wir das geltende Unterhaltsrecht für Geschiedene einer Überprüfung unterziehen und, sofern Kinder da sind, die zeitliche Fürsorge des erziehenden Elternteils für jüngere Kinder stärker berücksichtigen. Alleinerziehende sollen nicht durch Wegfall des Unterhalts schon mit dem dritten Geburtstag des Kindes zur Vollzeiterwerbstätigkeit gezwungen sein. Bei Eltern, die sich die Fürsorge für das Kind teilen, wollen wir den tatsächlichen Aufwand zu den Unterhaltsverpflichtungen stärker ins Verhältnis setzen. Auch wollen wir dafür sorgen, dass der Unterhaltsvorschuss länger als 72 Monate und über das 12. Lebensjahr des Kindes hinaus gezahlt werden kann.

Kinderreiche Familien leisten einen großen Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft. Sie tragen besonders zur demografischen Stabilisierung und Fortschreibung des Generationenvertrags bei. Sie wenden deutlich mehr Zeit und Geld für die Erziehung, Pflege und Bildung ihrer Kinder auf und tragen zugleich höhere Opportunitätskosten als Familien mit einem oder zwei Kindern. Unser Ziel ist es, diesen Familien die angemessene

Aufmerksamkeit, Sensibilität und Anerkennung zuteil werden zu lassen, z. B. durch entsprechende Ausgestaltung von Familienangeboten und -tarifen und durch stärkere Staffelung familienpolitischer Leistungen nach der Kinderzahl.

Familiärer Zusammenhalt hat sich im Lebensverlauf immer wieder zu bewähren. Nach den Aufbaujahren der jungen Familie tritt zur Begleitung der Kinder häufig die Sorge für die eigenen Eltern, dann die für den Partner hinzu. Auch wenn die Älteren immer länger gesund bleiben und nach ihrem Erwerbsleben oft soziale Aufgaben übernehmen, sind sie ihrerseits zunehmend auf familiäre oder nachbarschaftliche Nähe und Unterstützung angewiesen.

Wir sind zuversichtlich, dass die allermeisten Familien die vielfältigen Herausforderungen eigenständig und in großem Verantwortungsbewusstsein meistern. Familien benötigen keine Vorgaben, wie sie leben sollen. Die CDU will zu einem Leben in Familie mit Kindern ermutigen. Dafür braucht es Freiräume für Familien, einen fairen Familienleistungsausgleich sowie ein familienfreundliches Klima in der Gesellschaft.

Familien brauchen Freiräume

Familien benötigen Freiräume, um über ihr Familienmodell, die Kindererziehung und die Balance von Familien- und Erwerbsarbeit frei entscheiden zu können. Dazu gehören eine verlässliche und flächendeckende Infrastruktur zur Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung ebenso wie die Wertschätzung von Familienarbeit durch Mütter und Väter. Denn auch immer mehr Väter wollen einen aktiven Part in der Kindererziehung und einen entsprechend größeren Anteil an der Familienarbeit übernehmen.

Nach großen und richtungweisenden Anstrengungen aller staatlichen Ebenen im Bereich der Infrastruktur für Familien setzt sich die CDU nun für einen Mix von Maßnahmen ein, um die Wahlfreiheit über den gesamten Lebensverlauf weiter voranzubringen. Dazu zählen:

- die Vervollständigung eines verlässlichen, zeitlich flexiblen und flächendeckenden Betreuungsangebots in Kindertageseinrichtungen, in der Tagespflege und an Grundschulen;

- die Flankierung der Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege, z. B. durch Vereinbarung von Mindeststandards oder Abgleich von Best-Practices in der Familien- und Jugendministerkonferenz;
- weitere zeitliche Spielräume zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, auch für Führungskräfte und über die gesamte Dauer ihres Erwerbslebens, z. B. über die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten, über die Förderung vollzeitnaher Teilzeitarbeit für beide Eltern oder über die Erleichterung der Inanspruchnahme haushalts- und familienunterstützender Dienstleistungen;
- ein modernes Mutterschutzrecht, das den Schutz vor Gefährdungen am Arbeitsplatz stärkt;
- eine breit angelegte Initiative zur Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf nach familiär bedingten Unterbrechungen, z. B. mit Hilfe eines „Wiedereinstiegs-BAföG“ zur Verbesserung der Fachkenntnisse während der Familienphase;
- eine Stärkung der Rechte von Teilzeitbeschäftigten durch einen Rechtsanspruch auf Befristung der Teilzeit. Wir setzen uns für die Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung auch für Empfänger von Elterngeld und Teilzeitbeschäftigte ein;
- die Einführung eines "Elterngeld II". Das Elterngeld II soll im Anschluss an das Elterngeld in der Höhe des Elterngeldsockelbetrags während des zweiten Lebensjahrs des Kindes in Anspruch genommen werden können und lediglich an die Beschränkung der elterlichen Erwerbstätigkeit gebunden sein;
- die Anpassung des Elterngelds, das sich am zuletzt erzielten Erwerbseinkommen bemessen soll, auch nach der Geburt von Geschwisterkindern;
- der weitere Ausbau des Netzes zur ambulanten Versorgung und Pflege älterer Menschen, z. B. in Form von Tagespflegeangeboten auch im ländlichen Raum. Auch Pflegestützpunkte als Anlaufstellen für Beratungen wollen wir ausbauen;
- der Ausbau generationenübergreifender Wohnformen und die Entwicklung weiterer für Ältere geeigneter alternativer Wohnformen.

Familien brauchen einen fairen Leistungsausgleich

Mit der Entscheidung für Familie sind immer noch Einbußen im Hinblick auf größeren materiellen Wohlstand, ungehindertes berufliches Fortkommen und manche persönliche Freiheit verbunden. Eltern erbringen jedoch mit der Erziehung ihrer Kinder und erwachsene Kinder mit der Versorgung ihrer Eltern im Alter eine große Leistung für das

Gemeinwohl. Dies gilt besonders in Zeiten des demografischen Wandels, der den Generationenvertrag als Grundlage für unsere umlagefinanzierten Sozialsysteme erheblich strapaziert. Als CDU wollen wir den Wert von Familie und Familienarbeit stärker ins Bewusstsein heben und einen gerechteren Leistungsausgleich für alle Familien erreichen.

Wir wollen das bestehende Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzen. Dazu werden wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben.

Um den besonderen Bedürfnissen von Familien mit mehr als zwei Kindern Rechnung zu tragen, wollen wir familienpolitische Leistungen stärker nach der Kinderzahl staffeln und dabei das ab dem dritten Kind steigende Armutsrisiko für die Familien stärker berücksichtigen. Künftige Zuwächse beim Kindergeld und Kinderzuschlag wollen wir vorrangig kinderreichen Familien zugutekommen lassen. Den kindbedingten Zuschlag beim Arbeitslosengeld wollen wir nach der Kinderzahl staffeln.

Die CDU will, den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend, den generativen Beitrag von Familien in den Sozialversicherungssystemen berücksichtigen und Eltern insbesondere in der Renten- und Pflegeversicherung auf der Beitragsseite entlasten – mit Wirkung zu einem Zeitpunkt, wenn sie auf finanzielle Spielräume am meisten angewiesen sind.

Familien brauchen ein familienfreundliches Klima

Familien brauchen ein Klima, in dem sie sich entfalten können. Junge Paare benötigen Zuversicht, eine Familie gründen und erhalten zu können. Dafür braucht es nicht nur materielle Sicherheit und eine verlässliche Infrastruktur. Zu einem familienfreundlichen Klima gehören darüber hinaus der Respekt für jede und jeden, der Kinder großzieht, Eltern pflegt und Familie lebt, sowie die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensmodelle für Familien. Dazu gehört genauso die Bereitschaft, Unterstützung zu geben, wo Familien dies benötigen. Junge Menschen werden sich für Familie nur entscheiden, wenn sie die Gewissheit haben, dass sie mit Schwierigkeiten nicht allein gelassen werden. Und gerade

Familien, die in schwierigen Umständen Unterstützung und Hilfe erfahren haben, werden dies weitergeben und zu einem Klima beitragen, das mehr Mut und Lust auf Familie macht.

Wir wollen die familienunterstützenden Netzwerke auf allen Ebenen zur Beratung und Förderung in den Bereichen der Erziehung und familiären Fürsorge ausbauen. Familienzentren, angeschlossen an Kindertageseinrichtungen, halten niedrigschwellige Angebote bereit, die ausgebaut werden sollten.

Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen sind wichtige Erfahrungsorte unserer Einwanderungsgesellschaft. Die Vielfalt der Herkunft, von Muttersprachen und kulturellen Gewohnheiten wird hier durch die Kinder schon früh als selbstverständlich erfahren. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Situation systematischer als bisher genutzt wird, um Familien mit Einwanderungsgeschichte in unsere Gesellschaft zu integrieren.

In einer humanen und solidarischen Gesellschaft wollen wir alles tun, um ungewollt schwangere Frauen zur Fortsetzung ihrer Schwangerschaft zu ermutigen. Wir wollen darauf hinwirken, dass sie umfassend zum Leben ihres Kindes beraten werden und keine Diskriminierung erfahren, wenn sie ihr Kind zur Adoption freigeben wollen. Wir wollen sie vor, während und nach dieser Entscheidung begleiten. Die Leistungen der Bundes- und Landesstiftungen „Mutter und Kind“ wollen wir aufstocken und sie als Türöffner in das System der Beratung nutzen.

Damit es weiterhin möglich bleibt, Ältere in der Familie zu versorgen, will die CDU die verschiedenen Angebote zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen besser bündeln und vernetzen. Angebote zur Kurzzeitpflege wollen wir weiter fördern und die Unterstützung in der Familie von ehrenamtlich Pflegenden mit Pflegebegleitern stärken.

Menschen mit Behinderung sollen genau wie Menschen ohne Behinderung die Möglichkeit haben, den Reichtum der Familiengründung zu erfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass das Anrecht auf Elternassistenz zur Betreuung und Versorgung von Kindern behinderter Eltern im Gesetz verankert wird. Ebenso treten wir für eine inklusive Erziehung, Betreuung und schulische Bildung ein, die allen Kindern gerecht wird.

Die Entwicklungen in den Biowissenschaften sind rasant. Uns ist wichtig, dass Deutschland sich in internationalen Gremien dafür einsetzt, dass es nicht zur künstlichen Schaffung von Menschen, zum Klonen oder zu Manipulationen an der Keimbahn kommt. Bei der Reproduktionsmedizin gilt für uns der Vorrang des Kindeswohls: Wir wollen, dass Kinder ihre Herkunft kennen. Die Technisierung der Fortpflanzung durch Eizellspende, Leihmutterschaft, anonyme Samenspende etc. birgt Gefahren und Risiken für das Kind, aber auch für die Frauen, die wir abwenden wollen. Wir lehnen auch das vorsorgliche Konservieren von unbefruchteten Eizellen aus unternehmensstrategischen und personalpolitischen Gründen ab. Dieses von Unternehmensseite geförderte „Social Freezing“ greift massiv in die Entscheidungsfreiheit der Frau ein. Es gibt kein Grundrecht auf ein Kind.

III. Bildung als Schlüssel für die Lebenschancen jedes Einzelnen

Bildung ist ein lebenslanger Entwicklungs- und Anregungsprozess, der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft unserer Gesellschaft.

Gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit durch Bildung

Unser Ziel ist es, Chancengerechtigkeit herzustellen, um jedem Menschen die Entwicklung seiner individuellen Talente und Potenziale und den gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. In einer freien Gesellschaft bedeutet Chancengerechtigkeit aber nicht Ergebnisgleichheit. Gelingende Bildung geht von der Unterschiedlichkeit der Menschen aus und bedingt unterschiedliche Lernangebote.

Ausgangspunkt und Grundlage jeder Förderung sind die individuellen Potenziale des Einzelnen. Das gilt für Kinder mit körperlichen und geistigen Einschränkungen ebenso wie für Kinder mit besonderen Begabungen und Interessen. Wir wollen allen Kindern ein Höchstmaß an Bildungsqualität als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe bieten – nicht durch Einheitslösungen, sondern in einer dem Kind oder Jugendlichen angemessenen und somit differenzierten Lern- und Bildungsumgebung. Daher setzen wir auf die

Durchlässigkeit des Bildungssystems sowie Breiten- und Exzellenzförderung auf allen Ebenen des Bildungssystems.

Für alle gilt: Eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Wir setzen uns daher für frühe und einheitliche Sprachstandserhebungen und für ein Sprachförderkonzept ein.

Bildungschancen von Anfang an

Bildung beginnt in der Familie – sie ist ein Ort des generationenübergreifenden Lernens und Lehrens. Daher wollen wir Eltern in ihrer bildungsunterstützenden Rolle gezielt stärken: durch Bildungspartnerschaften mit Kindertagesstätten und Schulen, durch eine bessere und systematische Verzahnung von Sozial- und Bildungsverwaltung, aufsuchende Elternarbeit und niedrigschwellige Informationsangebote.

Spielen, Forschen, Entdecken und Lernen gehören für uns in der Bildung zusammen. Beginnend mit unseren Kindertagesstätten wollen wir den Wissens- und Kompetenzerwerb noch besser mit Elementen des Spiels verbinden. Bereits in dieser frühen Phase des Bildungsprozesses gilt es, mit der ausgeprägten Fehlerphobie in unserem Land zu brechen und deutlich zu machen, dass auch Fehler und Niederlagen zur weiteren Entwicklung beitragen können.

Mehr Wertschätzung für pädagogische Berufe

Gleichzeitig wollen wir, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer mehr Wertschätzung erfahren. Wir brauchen eine deutliche Aufwertung dieser Berufe. Sie sind die zentralen Akteure und Bezugspersonen an einem von nur noch wenigen Orten, an dem alle Gruppen unserer Gesellschaft verhältnismäßig unabhängig von Herkunft, Wohnort, Vermögen und Bildungsstand zusammenkommen. Gemeinsam mit den Eltern tragen sie dazu bei, dass die junge Generation optimale Bildungschancen erhält. Sie können aber elterliche Fürsorge und Betreuung nicht ersetzen. Ihre Zusammenarbeit mit den Eltern und ihre große Verantwortung für die Entwicklung der einzelnen Kinder und das künftige Miteinander der nachwachsenden Generationen müssen sich jedoch noch stärker in ihrer Aus- und Weiterbildung widerspiegeln. Ebenso setzen wir uns dafür ein, mehr Männer als Erzieher und als Grundschullehrer zu gewinnen.

Schulen sollen Orte der Wissensvermittlung bleiben und Lust auf Neues wecken

Wissen und Kompetenzen lassen sich auch bei einem heute allgegenwärtigen Zugang zu einer Fülle von Informationen nicht trennen. Denn nur auf der Grundlage von Wissen lässt sich der gerade durch die Digitalisierung zunehmende Informationsüberfluss ordnen und jene Gewissheit erreichen, auf deren Grundlage Entscheidungen erst möglich sind. Schulen müssen deshalb auch Orte der Wissensvermittlung bleiben. Gleichzeitig sollen sie auch Lust auf Neues vermitteln und damit eine Haltung fördern, die Voraussetzung für Innovationen in Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft ist. Diesen Ansatz wollen wir auch in die Weiterbildung der Lehrkräfte integrieren.

Digitale Bildung stärken

Der Mensch muss bei der digitalen Bildung im Mittelpunkt stehen. Die Vermittlung von Werten, das Erlernen der Handschrift und digitale Bildungskonzepte gehören für uns zusammen. In den Schulen wollen wir digitale Bildungselemente fächerübergreifend in den Unterricht integrieren und setzen uns für den verantwortungsbewussten Umgang mit den digitalen Medien ein, der den Schülern neben Orientierungswissen und Urteilsvermögen auch die Fähigkeit zur kritischen Einordnung von Informationen ermöglicht. Die technische Ausstattung an den Schulen wollen wir verbessern. Darüber hinaus wollen wir die Fortbildung von Lehrern hinsichtlich ihrer Medienkompetenz in allen Phasen der Lehrerausbildung verankern.

Digitale Lehr- und Lernangebote sollten in den jeweiligen Hochschulentwicklungsplanungen verankert und Standards beispielsweise zu Qualitätssicherung, Dokumentation von Leistungen, Zertifizierung und Anrechenbarkeit erarbeitet werden. Geeignete Pilotprojekte und Best-Practice-Beispiele sollten mit einem Gütesiegel für Digitale Lehre ausgezeichnet werden.

Ein gutes Lernumfeld für unsere Kinder schaffen

Die motivierende Vermittlung von Bildung kann nur dann gelingen, wenn Bildungsorte in unserem Land dies auch in ihrer äußeren und inneren Erscheinung deutlich machen. Schulgebäude müssen nicht nur in Sachen Optik und mit Blick auf die genutzten Baustoffe höchsten Ansprüchen genügen. Auch ihre Ausstattung gilt es fortlaufend zu

modernisieren, damit nicht schon die Jüngsten in unserer Gesellschaft den Anschluss an die neuesten Entwicklungen und Trends in den Bereichen Technik, Kommunikation oder Forschung verlieren. Die Qualität der Lehre bemisst sich nicht nur an der fachlichen Ausbildung des Lehrpersonals, sondern eben auch an der in den Schulen vorhandenen Infrastruktur.

Berufsorientierung und berufliche Bildung fördern

Wir wollen verantwortungsvoll mit der Lebenszeit unserer Jugendlichen umgehen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Berufsorientierung in allen Schulformen intensiviert wird, um die berufliche Bildung und das duale Ausbildungssystem zu stärken. Das internationale Interesse am deutschen Ausbildungssystem belegt die hohe Qualität und Anpassungsfähigkeit unserer beruflichen Bildung. Es ist in der Lage, auch auf große Zukunftsherausforderungen zu reagieren. Um die notwendige und schnelle Anpassung an eine sich radikal verändernde Arbeitswelt zu gewährleisten, setzen wir uns für Folgendes ein: Verwendung digitaler Komponenten gerade in Berufsschulen, neue Kooperationsmodelle auch kleinerer Unternehmen mit Fachhochschulen, die Förderung von unternehmerischer Innovation als Bildungsinhalt und die stärkere Werbung für bestimmte Berufsbilder in Zeiten des Fachkräftemangels. Für uns stehen berufliche Ausbildungsgänge gleichwertig neben akademischen Abschlüssen.

Exzellenz und Breitenförderung auch in der Hochschule

Gerade angesichts der hohen Qualität unseres Fach- und Hochschulsystems und herausragender außeruniversitärer Forschungsleistungen ist es unsere Aufgabe, neben Exzellenz weiterhin auch auf akademische Ausbildung in der Breite zu setzen. Bei der Ausgestaltung öffentlicher Förderprogramme müssen wir zudem darauf achten, Raum für Forschung zu lassen, die sich jenseits etablierter Forschungsfelder bewegt und mit einem höheren Risiko des Scheiterns ins Neue vorstößt.

Berufliche (Weiter-)Bildung lebensbegleitend gestalten

Wir benötigen ein Verständnis beruflicher Bildung, die lebensbegleitend auf den Entwicklungsprozess der Menschen in ihrer Erwerbsbiografie zielt und sie zur Bewältigung der dynamischen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt befähigt. Unter den Bedingungen des raschen technologischen Wandels in Zeiten der Digitalisierung kommt

beruflicher Weiterbildung eine herausragende Bedeutung zu. Es ist daher notwendig, die rhetorische Formel vom lebenslangen Lernen institutionell zu festigen. Hierzu müssen Berufsschulen, Volkshochschulen, Fachhochschulen und Universitäten stärker als bislang modulare und zertifizierte Angebote zur nebenberuflichen Weiterbildung entwickeln, die auch für kleine und mittelständische Unternehmen attraktiv sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu beruflicher Weiterbildung Frauen und Männern, Beschäftigten in Teilzeit und Arbeitnehmern mit Einwanderungsgeschichte in gleicher Weise offensteht.

Gute Bildung für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt

Wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die Solidarität der Starken mit den Schwachen. Das gilt auch für den Bereich der Bildung. Zahlreiche Mentoren- und Lesepatenschaften-Programme zeugen davon über alle Altersgruppen hinweg. Es ist sinnvoll, diese Form des gesellschaftlichen Engagements, von dem nicht nur die Geförderten, sondern immer auch die Paten profitieren, systematisch auszubauen. Wir setzen uns daher für den Aufbau eines Bildungshilfswerks ein, in dem das Angebot dieser freiwilligen Initiativen noch zielgerichteter gebündelt werden kann.

IV. Die CDU ist die Partei der Bürgerinnen und Bürger

Die rund 23 Millionen Bundesbürger in Ehrenämtern bzw. bürgerschaftlichem Engagement sind eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Auch wenn die Übergänge fließend sind, wird heute der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements als umfassend verstanden und schließt Ehrenamt, Selbsthilfe und politische Beteiligung ein. Allen Formen gemeinsam ist, dass Engagement freiwillig geschieht, nicht auf finanzielle Vorteile ausgerichtet ist, das Gemeinwohl fördert und eigenständig bzw. ohne staatliche Eingriffe erfolgt. Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer aufgeklärten, werte-, selbst- und verantwortungsbewussten, demokratischen Bürgerschaft.

Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Es ist aber kein Ersatz für staatliches Handeln. Der Bürger soll eigenverantwortlich entscheiden,

wo und wie er seine Kräfte einbringt. Die CDU ist die Partei der Bürgerinnen und Bürger und nimmt den Wunsch nach einer intensiveren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und nach mehr politischer Beteiligung ernst.

Engagementpolitik als Politikfeld und Querschnittsaufgabe etablieren

Wir wollen vermehrt Politikerinnen und Politiker für die Engagementpolitik auf Bundes- und Landesebene gewinnen. Wir wollen Engagementpolitik als Querschnittsaufgabe verankern. Das gilt besonders für die Landesebene, wo das Politikfeld am stärksten ausgeprägt ist. Jedes Fachressort besitzt Elemente der Engagementförderung, die aus Gründen der Ressortlogik dort auch verbleiben sollten. Gleichzeitig gibt es übergeordnete Aufgaben, die möglichst zentral gesteuert werden müssen, zumal sie dadurch mehr Sichtbarkeit bekommen: Dazu zählen gerade die Anerkennung, die fachübergreifende Fortbildung und die Vernetzung der engagierten Bürger. Mit einer Verankerung der Engagementpolitik in den Staatskanzleien wollen wir ein eigenes Politikfeld etablieren.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in seiner Vielfalt

Zentral für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen, die Entbürokratisierung und die Stärkung des Versicherungsschutzes für Engagierte. Bei gesetzlichen Regelungen für ehrenamtlich Tätige soll geprüft werden, ob die gleichen Vorgaben gelten müssen wie bei gewerblichen Anbietern. Einem bezahlten Ehrenamt jenseits der Übungsleiterpauschalen tritt die CDU allerdings klar und entschieden entgegen, weil dadurch ein Niedriglohnsektor im gemeinnützigen Sektor zu entstehen droht. Vielmehr braucht es Modellprojekte, die auch Langzeitarbeitslose in bürgerschaftliches Engagement integrieren. Mit Blick auf die öffentliche Absicherung der Engagement fördernden Infrastruktur wollen wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine konsistente und kontinuierliche Förderstruktur entwickeln, die private Finanzierungsmöglichkeiten durchaus mit einschließt. Auch Mischfinanzierungen sind perspektivisch geboten.

Engagementförderung durch Landesstiftungen

Wir wollen, dass Engagementförderung in den Ländern durch Landesstiftungen organisiert wird, die sich besonders kleineren Vereinen und Verbänden jenseits der bereits von der öffentlichen Hand finanzierten großen Wohlfahrtsverbände zuwenden sollen. Diese

Landesstiftungen könnten wichtige Plattformen für Anerkennung, Fortbildung und Vernetzung der Aktiven sein. Erfolgreiche, von der CDU initiierte Bundesprogramme wie die Mehrgenerationenhäuser wollen wir aus ihrem Projektstatus lösen und in eine Dauerförderung überführen. Sie sind zentrale Elemente einer Engagement fördernden Infrastruktur. Auch wollen wir Freiwilligenagenturen auf kommunaler Ebene besser als bisher fördern.

Stiftungen, Gemeinnützigkeitsrecht, Transparenzgebot

Zu bedeutenden Förderern und politischen Intermediären der Bürgergesellschaften gehören die rund 20 000 Stiftungen in Deutschland. Die CDU unterstützt die Gründung von Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen als „Heimathäfen“ des lokalen bürgerschaftlichen Engagements. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, das Gemeinnützigkeitsrecht und speziell das Stiftungsrecht zu modernisieren, auch in Teilen zu flexibilisieren und Transparenz zu stärken. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung des europäischen Gemeinnützigkeitsrechts.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement weiterentwickeln

Wichtige Förderer des bürgerschaftlichen Engagements sind oftmals auch Unternehmen. Daher wollen wir die Verbindung von öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Förderung des gemeinwohlorientierten Handelns ausbauen und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in diese Richtung weiterentwickeln.

Engagement schult Verantwortungsübernahme

Ehrenamtliche Kräfte bei der freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem THW, den Hilfsorganisationen, den Religionsgemeinschaften, den Parteien, den Naturschutzorganisationen und dem Sport verdienen für ihren Einsatz höchsten Respekt. Gerade diese Engagements, die einen öffentlichen Auftrag übernehmen, wollen wir besonders fördern, insbesondere mit Blick auf die notwendige Ausstattung. Exemplarisch für eine gute Integration von Jugendlichen sind die Jugendfeuerwehren. Hier wird Verantwortungsübernahme früh geübt, Nachwuchs gefördert und ein Beitrag zur außerschulischen Bildung geleistet. Gerade in Zeiten der Ganztagschule dürfen wir den Bildungsaspekt des Engagements von Jugendlichen nicht vernachlässigen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch rhythmisierte Ganztagschulen das gesellschaftliche Engagement der

Schülerinnen und Schüler fördern, indem sie die Angebote regionaler Partner – zum Beispiel mit Vereinen, Kirchen, Bibliotheken, Musikschulen, Museen, Theatern – in den Schulalltag integrieren.

Bundesfreiwilligendienst als Lernort für bürgerschaftliches Engagement

Der Bundesfreiwilligendienst ist ein Meilenstein und Erfolgsmodell in der Engagementpolitik. Er ist kein „Ersatzdienst des Ersatzdienstes“. Wir wollen ihn zu einem „Lernort für bürgerschaftliches Engagement“ weiterentwickeln. Auch die anderen Freiwilligenprogramme, in denen Jugendliche im In- und Ausland wichtige Erfahrungen sammeln, wollen wir weiterführen. Bürgerschaftliches Engagement Jugendlicher soll beispielsweise bei öffentlichen Stipendienvergaben Anerkennung finden.

Kultur der öffentlichen Anerkennung

Die CDU will stärker als bisher die Anerkennungskultur durch Verleihung von Orden und Ehrenzeichen auf Bundes- und Landesebene pflegen. Die Auszeichnungen dienen auch dazu, die Vorbildfunktion von engagierten Persönlichkeiten öffentlich zu machen. Hierbei wollen wir intensiver als bisher auch originelle Engagementformen in den Blick nehmen.

Demografischer Wandel und Integration als Herausforderung und Chance

Die wachsende Gruppe der aktiven Senioren bietet ein Potenzial, das wir durch aktivierende Angebote für freiwilliges Engagement heben wollen. Für die „jungen Alten“ kann es attraktiv sein, nach Abschluss ihres Erwerbslebens ihre Erfahrungen und Kenntnisse in neuen Zusammenhängen mit einer sinnstiftenden Tätigkeit einzubringen.

Weiterhin wollen wir in Deutschland eine Willkommenskultur vorantreiben, indem wir die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, z. B. als ehrenamtlicher Integrationshelfer aktiv zu werden. Das gegenseitige Aufeinanderzugehen kann ein emotionales Gefühl der Zusammen- und Zugehörigkeit stärken.

Vereine, Parteien und Verbände müssen sich zudem stärker als bisher für Menschen mit Einwanderungsgeschichte öffnen. Die Mehrheitsgesellschaft muss sich auch bewusst machen, dass religiöse Organisationen sowie Kultur- und Brauchtumsvereine

unterschiedlicher Ethnien nicht zwangsläufig Ausdruck einer Parallelgesellschaft sein müssen, sondern ein wichtiger Beitrag zu unserer Bürgergesellschaft sein können.

V. Lokal verwurzelt, global aktiv – Internationales Engagement der Bürgergesellschaft

Lokal verwurzelt, global aktiv – so lässt sich das Engagement der Bürgergesellschaft in Deutschland zusammenfassen. Weltoffenheit und europäisches Bewusstsein sind eine notwendige Bedingung für unsere Zukunftsfähigkeit. Die internationale Bedeutung der Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Deutschland ist ein global vielfältig engagierter Staat, ein Mitgestalter von internationaler Politik und ein verantwortungsbewusster Partner und Verbündeter. Wir sind bereit, bei der Lösung aktueller Krisen aktiv mitzuwirken und globale Herausforderungen zu bewältigen: So zeigt der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, dass zwischenstaatlicher Frieden auch im 21. Jahrhundert selbst in Europa keine Selbstverständlichkeit darstellt. Der islamistische Terrorismus macht deutlich, dass die Trennlinien von innerer und äußerer Sicherheit durchlässiger werden. All das hat auch Auswirkungen auf den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland.

Internationales bürgerschaftliches Engagement unterstützen

Bei der Bewältigung internationaler Krisen müssen wir die Menschen mitnehmen. Die Politik ist daher gefordert, das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und ebenso für die Akzeptanz außenpolitischer Entscheidungen zu werben. Ziel muss es sein, durch Information und Diskussion einen breiten gesellschaftlichen Konsens über Deutschlands Rolle in Europa und der Welt zu erreichen.

Insbesondere Maßnahmen in Krisen – beispielsweise militärisches Engagement oder Wirtschaftssanktionen – müssen vermittelt werden. Dabei ist den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig, dass das deutsche Engagement – ob humanitärer oder militärischer Art – stets europäisch oder international eingebettet ist. Dies muss einhergehen mit einer besseren gesellschaftlichen Wertschätzung der betroffenen Akteure des internationalen Engagements, insbesondere den in den Einsatz entsendeten

Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten und den zivilen Helferinnen und Helfern in Krisengebieten.

Das international ausgerichtete ehrenamtliche Engagement der Bürgergesellschaft in Deutschland ist von einer beeindruckenden Fülle: Die Städte- und Schulpartnerschaften, die (Jugend-) Austauschprogramme, die binationalen Gesellschaften, die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit und die Katastrophenhilfe, der Einsatz für die Menschenrechte oder den Umwelt- und Klimaschutz sowie die Freiwilligendienste. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen und ausbauen.

Bürgergesellschaften vernetzen – Zusammenhalt stärken

Für die CDU ist die europäische Integration historische Verpflichtung und Zukunftsprojekt zugleich. Damit auch die nächste Generation Europa als Wertegemeinschaft und Friedensprojekt leben kann, muss beispielsweise der Sprachunterricht gefördert werden. Besonders Bundesländer mit einer Außengrenze sollten sich dafür einsetzen, die Sprache des Nachbarn frühzeitig in die Lehrpläne aller Schulformen zu integrieren. Grundsätzlich sollten drei Sprachen beherrscht bzw. erlernt werden können: Deutsch als Muttersprache, Englisch als die wichtigste Weltsprache und eine weitere Sprache, zum Beispiel die Sprache des Nachbarlandes. Denn nur mit guten und vielseitigen Sprachkenntnissen können alle Bürgerinnen und Bürger die Chancen eines gemeinsamen europäischen Marktes der Bildung und Ausbildung sowie der Arbeit und Wirtschaft nutzen. Gleichzeitig sollte auch in unseren Nachbarländern die deutsche Sprache in den Lehrplänen enthalten sein.

Grenzübergreifende und multinationale Aktivitäten fördern

Aufgrund seiner wechselvollen Geschichte hat Deutschland besondere Beziehungen zu Ländern wie Israel, Frankreich, Polen und Russland. Die CDU ist sich der Verantwortung gegenüber diesen Staaten bewusst. Zudem wissen wir um die große Bedeutung guter Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Bi- und multinationale Aktivitäten, welche das historische Bewusstsein entwickeln helfen und den Austausch – vor allem der Jugend – fördern, wollen wir besonders unterstützen. Der Austausch mit Menschen anderer Kulturen und Religionen hier oder im Ausland fördert das gegenseitige Wissen, die

Toleranz und das Verständnis für die Situation des jeweils anderen. Auch Sportwettbewerbe tragen zum Austausch bei.

In das Ansehen unseres Landes investieren

Das Bild von Deutschland in der Welt wird wesentlich durch die im Ausland lebenden Deutschen, die Arbeit der politischen Stiftungen, die Goethe-Institute, die Deutsche Welle, deutsche Jugendwerke und deutsche Auslandsschulen geprägt. Dabei engagieren sich die politischen Stiftungen vor Ort für die Entwicklung der jeweiligen Bürgergesellschaft und den Aufbau demokratischer Strukturen, insbesondere in Entwicklungsländern. Die Unterstützung dieser wichtigen Träger von Bildung, Information und Kultur ist daher eine Investition in das Ansehen unseres Landes und in den Aufbau von Demokratie, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit und damit die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in anderen Ländern dieser Welt.